



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel : (vom 29. Oktober bis 4. November)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

an den Staat, an die Kommunen und an Private gegen vereinbarten, bestimmten Lohn verdingen. Mitglieder des neuen Mittelstandes sind somit die Konstrukteure und Erfinder aller technischen Fortschritte, die seit dreißig Jahren gemacht worden sind; selten befindet sich unter diesen ein Unternehmer. Mitglieder des neuen Mittelstandes sind die Präsidenten, Direktoren, Betriebsleiter aller der Verkehrsmittel, die wir in ihrem heutigen Zustande bewundern — etwa von Post, Telegraph, Telephon, Eisenbahn, Schifffahrt usw. Mitglieder des neuen Mittelstandes sind die Chemiker, die dem industriellen Unternehmer immer neue Verwendungsmöglichkeiten für die Kohle, die dem Landwirt den Gebrauch des Kali und sonstigen künstlichen Düngers gezeigt haben. Mitglieder des neuen Mittelstandes sind die meisten kühnen Seefahrer

und Forscher, die während der letzten dreißig Jahre mit dem Gelde der Hamburger Reeder oder Berliner Bankiers den deutschen Handel über die Meere führten, die in China Eisenbahnen, in Brasilien elektrische Kraftstationen anlegten. Mitglieder des neuen Mittelstandes sind auch alle die Angestellten der Wirtschaftsverbände, mögen sie nun Syndizi, Sekretäre oder Redakteure heißen, die für hohe Zölle, hohe Preise und für niedrige Löhne und gegen soziale Lasten kämpfen, damit die Hände des Volkstörpers, eben die Unternehmer aller Grade sich rühren können. Auch der Redakteur der Deutschen Tageszeitung, der die am Anfang zitierte Notiz schrieb, ist ein Mitglied des neuen Mittelstandes und somit ein Partikelschen Gehirn von unserem Volkstörper — ein geistiger Führer für die landwirtschaftlichen Unternehmer. G. Cl.



## Reichs Spiegel

(vom 29. Oktober bis 4. November)

### Der Balkankrieg und die Lage

Der Zusammenbruch der türkischen Armee — Unmöglichkeit abschließend zu urteilen —  
Die Haltung der Mächte — ein Kuriosum

Die Türkei liegt am Boden, ihre Armee befindet sich in einem Zustande, der der Vernichtung fast gleichkommt. Sie wird gewiß noch Schlachten schlagen, wenn es gelingt die asiatischen halbwildern Stämme noch rechtzeitig zum Schlagen zu bringen, sie wird Konstantinopel verteidigen, aber ihren Ruf könnte sie nur wiederherstellen durch die Säuberung türkischen Bodens vom Feinde aus eigener Kraft. Soviel aus den Berichten der Tagespresse zu entnehmen ist, kann damit kaum noch gerechnet werden. Die türkischen Truppen liefen auseinander; sie sind höchstens noch hinter dem schützenden

Wall einer Festung zusammenzubringen. Der einzelne Soldat war nicht etwa feige, aber die Truppe als ganzes war es, weil sie nicht geführt wurde. Die einzelnen Truppenteile wirkten nicht zusammen, sie fügten sich nicht zu dem stolzen Begriff Armee. Schon die zahlreichen Meldungen über Fortnahme von türkischen Geschützen ließen vermuten, daß die drei Hauptwaffen nicht zusammenarbeiteten; jede von ihnen kämpfte für sich, keine Kameradschaft verband die Führer.

Trotz dieser Tatsachen ist es heute unmöglich ein abschließendes Urteil abzugeben. Das Kriegsglück ist launisch und geht gern mit demjenigen, der den längsten Atem hat. Solange die Bulgaren nicht Konstantinopel erobert, solange Ferdinand, Zar von Bulgarien, nicht das Kreuz auf der Hagia Sofia wieder errichtet, solange können noch Ereignisse eintreten, deren Möglichkeit wir vielleicht erraten aber nicht bestimmt voraussagen können. Der ganze Balkankrieg ist aber eine viel zu ernste, in ihren Folgeerscheinungen noch völlig unübersehbare Katastrophe, als das es ratsam erscheint, heute die Zukunft vorauszusagen. Nur das folgende steht fest: die Türken sind bisher an allen Stellen geschlagen, die Bulgaren haben sich als ein Heldenvolk gezeigt, das glänzend geführt wurde; doch noch sind die türkischen Hilfsquellen nicht erschöpft; somit ist auch noch nicht die Klärung auf dem Balkan eingetreten, die absolut notwendig ist, um das den europäischen Frieden ständig bedrohende Balkanproblem nunmehr unter Wahrung der europäischen Interessen zu lösen. Sollte die Türkei stark genug sein, um sich auf dem europäischen Festlande zu behaupten, dann wird sie niemand am Bleiben hindern; fehlt ihr die Kraft dazu, so möge sie sich nach Asien zurückziehen.

Erst wenn die Entscheidung hierüber gefallen sein wird, dürfte der geeignete Augenblick zum Eingreifen der interessierten Mächte eintreten. Eine starke Türkei würde die Bundesgenossen finden, die ihr den territorialen status quo garantieren; die geschlagene Türkei würde die europäischen Interessenten versammelt sehen, sich den finanziellen und wirtschaftlichen status quo gegenseitig zu garantieren. Diesen Zeitpunkt wollen wir abwarten. Denn dann gewinnt die Balkanfrage erst den Charakter einer speziellen Angelegenheit der Großmächte; freilich tritt sie dann in ein gefährliches Stadium. Das darf und muß sogar unumwunden ausgesprochen werden, damit wir beim Eintritt des Kriegsfalles für uns nicht aus den Wolken fallen.

Gegenwärtig ist die Haltung Deutschlands unverändert die des stillen Beobachters, der sich natürlich auf die verschiedensten Eventualitäten vorbereiten muß. Frankreich und England mahnen zum schnellen Frieden; auch Rußland wäre eine Intervention vor Eroberung Konstantinopels durch Zar Ferdinand willkommen. Osterreich-Ungarn will scheinbar nicht eher etwas von einer Intervention wissen, bis es sich mit Serbien wegen des Sandschak verständigt hat, um dann auf einer etwaigen internationalen Konferenz mit einem fait accompli erscheinen zu können.

Als Kuriosum, das aber schlaglichtartig beleuchtet, welch ein Rattenkönig unangenehmer Fragen mit der Lösung des Balkanproblems zusammenhängt, sei noch registriert, daß Österreichs katholisches Sonntagsblatt ebenso wie die Zeitschrift des Grafen Oppersdorff „Wahrheit und Klarheit“ an die Habsburgische Monarchie ganz ernsthaft die Aufforderung richten, das Schwert zu ziehen und die Hagia Sofia dem römischen Katholizismus zurückzuerobern! G. C.

### Zur Polenfrage

Eine Polendebatte im Landtage — Mängel des Enteignungsgesetzes — Polnische Agitation

Die abgelaufene Woche hat im preußischen Landtage so etwas ähnliches wie eine Polendebatte gebracht. Den Anlaß dazu bot eine Interpellation des Abgeordneten Korfanty und Genossen über die sogenannte Anwendung des Enteignungsgesetzes vom Jahre 1908. Die Polen suchen aus diesem Gesetz für ihre nationalen Ziele Kapital zu schlagen und man sollte sich darüber nicht wundern. Denn die eigenartige Begründung des Gesetzes von 1908 und vor allen Dingen die Begründung, die es durch die Reden des Herren- und Abgeordnetenhauses seinerzeit erfahren hat, gibt den Polen das schönste Agitationsmittel in die Hand, um die nationale Blut lebendig zu erhalten. Ich hatte seinerzeit als Petersburger Mitarbeiter der Grenzboten nicht die Möglichkeit, in dieser Zeitschrift selbst meine Ansichten über die Einbringung des Enteignungsgesetzes zu veröffentlichen, sondern mußte mich mit einem protestierenden Brief begnügen. Was ich damals gegen das Gesetz anführte, beginnt sich nach und nach einzustellen. Das ganze Gesetz hat durch die Form seiner Einbringung den Charakter einer nationalen Angriffswaffe gegen die Polen erhalten, obwohl es doch nur eine wirtschaftliche Abwehrmaßregel gegen das Überhandnehmen der Bodenspekulation in unserer Ostmark sein konnte und wollte.

Diese Auffassung wird am besten bestätigt durch den erstmaligen Gebrauch, den die Regierung von dem Gesetz gemacht hat. Sie hat nicht alt-polnischen Besitz als solchen enteignet, sondern hat lediglich Grundstücke, die seit mehreren Jahren besonders lebhaft der Bodenspekulation dienstbar waren, und infolgedessen von Hand zu Hand gehend eine ungesunde Steigerung der Bodenpreise in ihrer Gegend bewirkten, durch Enteignung dem Verkehr entzogen. Die Regierung mußte sich bei dieser Maßnahme auf das schlechte Gesetz von 1908 stützen, da es andere Gesetze leider nicht gibt, die einen Eingriff gestatten in wirtschaftliche Auswüchse, wie eben die Bodenspekulation einer ist.

Ich gebe zu, daß Parteikonstellation und Agitation des Ostmarkenvereins seinerzeit die Regierung in die gefährliche Richtung gebrängt haben; das Gesetz mag infolge einer Zwangslage gegenüber dem liberalen Prinzip vom freien Spiel der Kräfte und gegenüber der konservativen Besorgnis vor dem generellen Enteignungsprinzip mit dem nationalistischen Mäntelchen behängt worden sein. Um so mehr wird die heutige Regierung auch in Zukunft danach

trachten müssen, das Gesetz lediglich als das zu benutzen, was es sein kann: als eine Handhabe gegen die ungesunde, die Nation gefährdende Bodenspekulation, nicht aber als eine solche im Nationalitätenkampf. Es wäre falsch, wenn wir unsere Maßnahmen nach der Ansicht einstellen wollten, daß es die Polen sind, die uns aus der Ostmark vertreiben; Tatsache ist, und das gilt als fest im Auge zu behalten, daß es die wirtschaftliche Entwicklung, daß es die zunehmende Industrialisierung des Westens gewesen, die uns die Bevölkerung des Ostens abspenstig gemacht hat. Nicht gegen die Polen kolonisieren wir im Osten, wir kolonisieren, um die Schäden einer einseitigen wirtschaftlichen Entwicklung auszugleichen. Dieses Zusammenhanges müssen wir uns dauernd bewußt bleiben, damit wir niemals Ursache und Folgeerscheinung im Kampf um die Ostmark verwechseln.

Die Polen und leider auch die ultramontanen Führer der Zentrumspartei sind blind genug, diese Tatsache nicht anerkennen zu wollen. Sie zeigen damit, daß sie trotz allen entgegengesetzten Beteuerungen und trotz allen Versuchen, die öffentliche Meinung in Deutschland einzuschläfern, an ihrem Traum festhalten, ein selbständiges oder ein autonomes Polen unter Verletzung der deutschen Reichsgrenzen wieder aufzurichten. Über diese Tatsache hilft keine Versöhnungskomödie hinweg. Das wird nun wohl auch Herr Professor Hans Delbrück einsehen, nachdem ihn, der sich so viel um einen deutsch-polnischen Ausgleich bemüht hat, jüngst ein polnischer Publizist als viel gefährlicher für die Polen hinstellte als die „Galatisten“. Zwischen den Polen und den Teilungsmächten gibt es solange keine ehrliche Aussöhnung als bis das Reich der Jagelonen wiederhergestellt ist, oder bis die nicht nach Amerika ausgewanderten Polen sich den Deutschen assimilierten. Wir wollen auf diesen Zeitpunkt nicht warten. Wir können dem Einbruch der polnischen Flut in das von der Industrie gerissene Loch nur begegnen, wenn wir das Loch wieder zustopfen mit unserem eigenen Menschenmaterial, das natürlich stärker als jene sind sein muß, stärker an Zahl und Tüchtigkeit. Das aber können wir nur, wenn wir eine nationale Wirtschaftspolitik befolgen, eine solche, die das Volk und nicht eine solche, die das rollende Kapital in erster Linie im Auge hat.

G. Cl.

### Bank, Geld und Wirtschaft

Die augenblickliche Geldmarktlage — Das Reichs-petroleummonopol — Tendenz gegen Privatmonopole — Schutz der Konsumenten — Finanzielle Vorteile für das Reich — Die geplante Durchführung — Bedeutung des Petroleumtrusts — Bedenken — Die deutschen Großbankinteressen — Deutsche Bank — Diskontogesellschaft

Der militärische und administrative Zusammenbruch der Türkei erscheint heute noch nicht so absolut unabwendbar, daß man daraufhin schon die wirtschaftspolitischen Folgen desselben voraussagen dürfte.

Infolgedessen mögen die damit verbundenen Sorgen und Erörterungen einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Andere Sorgen liegen uns augenblicklich näher.

Der Zustand des internationalen Geldmarktes ist es, der Handel und Industrie gegenwärtig zu ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt. Die kriegerischen Ereignisse haben die in den allgemeinen Verhältnissen begründete Anspannung in unvorhergesehenem Maße verschärft. Nachdem die Reichsbank, mehr aus Vorsicht, als weil eine unmittelbare Notwendigkeit vorlag, ihren Zinsfuß auf 5 Prozent erhöht hatte, durfte man hoffen, daß das Jahresende keine weitere Zinsvertéuerung mehr bringen werde. Denn gerade die Verhältnisse des deutschen Geldmarktes und der Status der Reichsbank waren durchaus befriedigende. Indessen hat die abermalige Diskonterhöhung der Bank von Frankreich, der eine solche der italienischen Notenbanken auf dem Fuße gefolgt ist, das Bild durchaus verschoben. In Frankreich herrscht jetzt ein Zinsfuß von  $4\frac{1}{2}$ , in Italien ein solcher von 6 Prozent, Sätze, wie sie in dieser Höhe seit der letzten Geldkalamität nicht mehr vorhanden waren. Die Bank von England wird angesichts der starken Geldentnahmen und der Steigerung des Londoner Privatsazes, die gleiche Maßregel nicht mehr aufspielen können und dann ergibt sich bei dem ungünstigen Stand der Devisenkurse auch für die Reichsbank die Notwendigkeit, die Diskontschraube weiter anzuziehen. Die Wahrscheinlichkeit, daß uns die nächste Woche einen sechsprozentigen Diskont beschert, ist daher leider eine sehr große. Denn es ist kaum anzunehmen, daß die Reichsbank sich nur mit einem halben Prozent begnügen wird. Diese selbe Maßregel hat sich erst eben als ungenügend erwiesen — man wird den Fehler nicht zum zweiten Male begehen. Ein so hoher Diskont ist aber unter allen Umständen eine Sturmwarnung. Er zeigt an, daß nunmehr der wirtschaftlichen Entwicklung auch von seiten des Geldmarktes schwere und unmittelbare Gefahr droht. Bisher war die Konjunktur gerade darin fest verankert, daß trotz der großen Ansprüche der Industrie der Geldmarkt keine Spuren der übermäßigen Belastung erkennen ließ. Diese erfreuliche Gewißheit ist jetzt geschwunden. Es gilt jetzt die Segel zu reffen und nach Möglichkeit dem wirtschaftlichen Expansionsdrang zu steuern, sollen sich nicht die trüben Erfahrungen der letzten Wirtschaftskrisis wiederholen.

\* \* \*

Der Plan eines Reichs petroleummonopols, über den in diesen Blättern bereits berichtet worden ist, erweist sich bei näherer Prüfung als eine ebenso interessante und schwierige Frage. Interessant, vor allem wegen der prinzipiellen Grundlage und der Eigenartigkeit der Finanzierung; schwierig, wegen der Bedenken, die sich gegen die Durchführbarkeit erheben.

Nach drei Seiten verdient der Monopolplan uneingeschränkte Billigung. Zunächst — das ist die wichtigste, grundsätzliche Seite — weil er zum ersten Male das Prinzip vertritt, daß der Staat private Monopole nicht dulden darf, daß es seine Aufgabe ist, in den Prozeß der Gütererzeugung und -verteilung da einzugreifen, wo wichtige Konsumartikel der Allgemeinheit in die Hände weniger privater Erwerbsgesellschaften gelangen, die in der Lage sind, die Konsumenten sich tributpflichtig zu machen. Was der Staat gegenüber der

Standard-Oil-Company für recht hält, muß er in gleicher Weise gegenüber den großkapitalistischen Riesenunternehmen für billig finden, welche einheimische Bodenschätze, wie Kohle und Kali, oder die Versorgung mit Elektrizität zum Gegenstand ihrer Monopolbestrebungen machen. Diese bewußte Ausdehnung der staatlichen Aufgaben, welche dem Projekt zugrunde liegt, verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, als gerade in diesem Punkt sich eine offene gegnerische Kritik nicht hervorgewagt hat. Der Begriff des Staatssozialismus hat seine Schrecken verloren.

Die zweite Seite, welche das Projekt in günstigem Lichte erscheinen läßt ist der Schutz des Konsums gegen Ausbeutung. Beträgt doch der jährliche Verbrauch Deutschlands an Leuchtöl nicht viel weniger als eine Milliarde Liter. Jeder Pfennig Preisaufschlag setzt sich daher in eine Besteuerung des Konsums von 10 Millionen Mark um. Freilich liegt einstweilen eine Ausbeutung der Verbraucher durch den Rockefeller-Trust noch nicht vor; im Gegenteil, durch den Konkurrenzkampf mit den Gegnern sind die Preise während der letzten Jahre in Deutschland auf niedrigem Niveau geblieben, sie haben im Durchschnitt nur etwa 15½ Pfennig betragen und sind erst 1912 teilweise über 17 Pfennig gestiegen. Dagegen rechnet der Regierungsplan mit einem Normalpreis von 21 Pfennigen ab Tankanlage, so daß also die unmittelbare Wirkung des Monopols nicht etwa eine Verbilligung sein wird. Nur einer späteren Ausbeutung durch das Privatmonopol wird ein Niegel vorgeschoben.

Drittens endlich darf man es mit Genugtuung begrüßen, daß das Reich durch diesen Plan finanzielle Vorteile erstrebt. Zwar verwahrt sich die Reichsregierung entschieden gegen den Gedanken, daß der Monopolplan eine verdeckte Verbrauchsabgabe schaffen wolle. Nicht zur Aufbesserung der laufenden Einnahmen des Reichs, sondern zur Erfüllung besonderer sozialpolitischer Aufgaben sollen die Ertragnisse des Monopols dienen. Aber das Ergebnis ist doch jedenfalls das: die großen Gewinne, welche sonst einer Monopolgesellschaft zugeflossen wären, sollen der Allgemeinheit zu gute kommen und der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen.

Kann man also den Grundgedanken des Monopols rückhaltlos zustimmen, so verdient in gleicher Weise die geplante Durchführung Beifall. Der Gedanke, das Handelsmonopol nicht in die Hände des Staats, sondern in die einer unter staatlicher Kontrolle stehenden Privatgesellschaft zu legen und dem Unternehmen damit kaufmännische Beweglichkeit zu sichern, ist im allgemeinen durch das Vorbild der Reichsbank veranlaßt. Im einzelnen dagegen finden sich bedeutende Abweichungen, entsprechend der verschiedenen Struktur und den verschiedenen Aufgaben beider Unternehmungen. So die dauernde finanzielle Beteiligung des Reichs durch Aktienbesitz, dem durch Beilegung fünffachen Stimmrechts die dauernde Beherrschung der Gesellschaft gesichert ist, so vor allem die ganz neuartige Gewinnregulierung, welche darauf abzielt, das finanzielle Interesse der Gesellschaft und des Fiskus nicht mit hohen, sondern mit niedrigen

Preisen zu verknüpfen. Es soll nämlich über einen normalen Höchstpreis hinaus, der mit 21 Pfennigen in Aussicht genommen ist, das Aktienkapital nur eine Dividende von 4 Prozent, der Fiskus aber gar keine Gewinnbeteiligung erhalten, während bei niedrigen Preisen Aktiengewinne und Staatsrente im umgekehrten Verhältnis zur Preisbewegung ansteigen. Der Plan geht davon aus, daß bei 900 Millionen Liter Absatz bei 20 Pfennig Literpreis die Gesellschaft 5 Prozent Dividende auf 60 Millionen Aktienkapital, gleich 3 Millionen Mark, das Reich 12 Millionen Gewinn erhalten soll. Beträgt der Preis aber nur 17 Pfennig für das Liter, so steigt die Dividende auf  $9\frac{3}{4}$  Prozent, die Gewinnbeteiligung des Reichs auf 23,4 Millionen.

Wie man sieht, ist die Durchführbarkeit des Plans davon bedingt, daß die Monopolgesellschaft mit niedrigen Einkaufspreisen rechnen kann. Denn sie ist natürlich nur imstande, den Detailpreis auf 17 Pfennige zu fixieren, wenn im Einkauf es nach Deckung von Zoll, Fracht, Verwaltungsunkosten und Abschreibungen entsprechend billiger, also etwa auf 14 Pfennige zu stehen käme. Die Kardinalfrage ist also die, ob und wie die Beschaffung der erforderlichen Ölmengen möglich ist.

Deutschland ist nun bekanntlich nur in sehr geringem Grade selbst Produzent. 80 Prozent des Gesamtbedarfs liefert die Standard-Dil, den Rest hauptsächlich Rußland, Galizien, Rumänien. Der Entwurf will die Standard-Dil-Company ausschalten. Er rechnet damit, daß es möglich sein wird, den Bedarf von anderen unabhängigen Produzenten zu decken. Als solche kommen die genannten europäischen Länder und einige, vom Rockefeller-Trust angeblich unabhängige amerikanische Gesellschaften in Betracht.

An sich erscheint es auffallend, daß die Reichsregierung nicht den doch nahe liegenden Weg gewählt hat, die Versorgungsfrage durch ein Abkommen mit der Standard-Dil-Company zu lösen. Zu einem solchen wäre der Trust unter dem Druck der Monopolabsichten zweifellos zu haben gewesen, wie er ja auch ähnliche Abkommen mit den deutschen Vertriebsgesellschaften geschlossen hat. Gegen den Trust aber ist der Monopolplan nur dann durchzuführen, wenn er bei der Versorgung völlig ausgeschaltet werden kann. Denn bliebe die Monopolgesellschaft auch nur mit dem kleinsten Quantum auf ihn angewiesen, so würde daran die Durchführbarkeit des Monopolplans scheitern müssen.

Es hat nun fast den Anschein, als sei die Regierung in dieser Hinsicht bei dem Entwurf des Projektes nicht gut beraten gewesen. Bate gestanden hat bei der Durcharbeitung des Planes die Deutsche Bank mit ihren Petroleuminteressenten. Aus dem Zwist, der nach Veröffentlichung des Planes zwischen ihr und der Diskontogesellschaft ausbrach und dem erbaulichen Federkrieg der beiden eifersüchtigen Großbanken war das mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu ersehen. Es wurde aber durch diesen nicht gerade erbaulichen häuslichen Zank auch offenbar, daß der Rivalität beider Banken sehr materielle Eigeninteressen zugrunde lagen. Jede verfolgte bei dem Monopolplan ihren eigenen

Profit. Die Deutsche Bank trug in diesem Ringen den Sieg davon und die Folge war die öffentliche Absage der Diskontogesellschaft. Es ist nun nicht schwer zu sehen, welches die Interessen der Deutschen Bank sind, welche durch den Monopolplan in der vorliegenden Form gewahrt werden. Die Deutsche Bank ist (in Verbindung mit mehreren anderen Bankhäusern) zunächst interessiert an der Steaua Romana, einer rumänischen Produktionsgesellschaft, deren Aktien unlängst in Deutschland eingeführt worden sind. Diese Produktionsgesellschaft würde durch das Reichsmonopol zu einem Hauptlieferanten werden und in Zukunft jeder Absatzfrage und jedes Konkurrenzkampfes insbesondere mit der Standard überhoben sein. Die Deutsche Bank hat aber auch noch Interessen an einer Vertriebsgesellschaft, der Europäischen Petroleum-Union, im Finanzjargon „Epu“ genannt. Mit dieser Gesellschaft wollte ursprünglich die Deutsche Bank die gesamte europäische Petroleumproduktion zusammenfassen und den Konkurrenzkampf gegen die Standard aufnehmen. Der Plan scheiterte, weil die Diskontogesellschaft mit ihren rumänischen Produktionsinteressen sich ausschloß, und weil die verbleibende Organisation nicht stark genug war, dem Rockefeller-Truht die Spitze zu bieten. Daher mußte die Deutsche Untergesellschaft der „Epu“, die Deutsche Petroleumverkaufsgesellschaft, nach verlustreichem Kampfe die Waffen

**Neuer deutscher Hausrat** In Gemeinschaft mit bedeutenden Künstlern haben wir bestimmte Arbeitsarten, Maße und Normen festgelegt und damit eine wesentliche Verbilligung unserer Arbeit erreicht. Wir streben mit diesem zweckdienlichen und zeitgemäßen, schönen und preiswerten Hausrat nach einem deutschen Stil. Das Ergebnis 14jähriger Arbeit zeigt unser neues Preisbuch D 78 mit über 150 Bildern. Preis Mk. 1.80 das Stück. Dazu Dr. Friedrich Naumanns neue Schrift (Preis 50 Pfg.) **Der deutsche Stil**

**Deutsche Werkstätten**

Hellerau, bei Dresden

Dresden, Ringstr. 15

München, Wittelsbacher Platz 1

Berlin, Bellevuestr. 10

Hannover, Königstraße 37 a



**Stoffe \* Teppiche \* Beleuchtungskörper \* Gartenmöbel**

strecken und sich mit der Standard-Dil verständigen. Es ist dies schon gelegentlich in diesen Blättern geschildert worden. (S. Grenzboten Nr. 42 v. 1911.) Der Vertrag mit der Standard, genauer, mit deren Deutschen Untergesellschaft, der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft erwies sich aber für den anderen Teil so ruinös, daß die D. P. B. G. auf dessen Aufhebung Klage erhob. Sie erstritt in Hamburg ein obstiegenderes Urteil, das aber ihre Lage materiell nicht verbessern kann, denn mit oder ohne Vertrag ist sie durch die Standard-Dil ruiniert. Dagegen ist das Reichsmonopol ihre Rettung. Denn nach dem Entwurf soll die Monopolgesellschaft verpflichtet sein, alle Betriebsunternehmungen, gleichviel ob sie dieselben brauchen kann oder nicht, aufzukaufen. So wurde also auf Reichskosten ein bedenkliches Engagement mit Vorteil abgewickelt. Es begreift sich also, daß die Deutsche Bank ein allzugroßes Interesse hat, um als ein unparteiischer Ratgeber bei Ausgestaltung des Monopols zu gelten.

Aber auch die Gegnerschaft der Diskontogesellschaft ist keine uneigennütige. Ihre Interessen weisen sie daraufhin, ein Handelsmonopol zu Falle zu bringen. Denn die Deutsche Erdölgesellschaft, die ihr nahe steht, hat noch während der Vorbereitungsarbeiten zum Monopol einen Pakt mit der Standard abgeschlossen, um sich das Privatmonopol in Deutschland zu sichern. Die Deutsche Erdölgesellschaft, welche in der Zeit von kaum zwei Jahren treib-

# Dresdner Bank

**Aktien-Kapital . . Mk. 200 000 000**  
**Reservefonds . . Mk. 61 000 000**

DRESDEN — BERLIN — LONDON

— BREMEN BRESLAU CASSEL FRANKFURT a. M. HAMBURG —  
 HANNOVER LEIPZIG MANNHEIM MÜNCHEN NÜRNBERG STUTTGART

Altona, Augsburg, Bautzen, Beuthen O.-Schl., Bückeburg, Bunzlau, Cannstatt, Chemnitz, Corbach, Detmold, Emden, Eschwege, Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Fulda, Fürth, Gleiwitz, Göttingen, Greiz, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Kattowitz, Königshütte O.-Schl., Leer, Liegnitz, Lübeck, Meißen, Plauen i. V., Spandau, Stettin, Tarnowitz, Ulm, Wiesbaden, Zittau, Zwickau.

*Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung; An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten, Devisen usw.*

*Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen; Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen;*

*Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks; Beleihung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslösung; Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren; Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern, Vermögensverwaltungen, Testamentsvollstreckungen, sowie alle sonstigen bankgeschäftlichen Transaktionen.*

**Vermietung von Stahlkammern**

hausartig in die Höhe geschossen ist, beherrscht die deutsche Petroleumproduktion und hat außerdem in der jüngsten Zeit sich starke Beteiligungen an der rumänischen und galizischen Produktion gesichert. An einem Handelsmonopol hat die Erdölgesellschaft kein Interesse, weil sie ihre erklecklichen Gewinne aus ihrer deutschen Produktion zieht, für welche der hohe Finanzzoll von 75 Mark ihr eine höchst lukrative Verwertung sichert. Eine staatliche Monopolgesellschaft würde sie der Absatzmöglichkeit zu solchen Preisen berauben. Sie muß daher bestrebt sein, diese Gewinne auch in Zukunft sicherzustellen oder zu kapitalisieren. Das kann sie nur im Wege des Privatmonopols oder wenn es ihr gelingt, die Verstaatlichung zu entsprechendem Preis durchzusetzen. Darauf läuft denn wohl auch die Politik der Gruppe Diskontogesellschaft hinaus. Es ist höchst willkommen, daß der Zwist der Banken der Öffentlichkeit einen Einblick in die Interessenssphären gewährt hat. Es wird daher möglich sein, bei Ausbau des Monopols dafür Sorge zu tragen, daß durch dasselbe nicht die Interessen dieser oder jener Finanzgruppe, sondern nur die der Allgemeinheit gewahrt werden. Dies dürfte aber nur durch eine Verständigung mit der Standard-Oil zu erreichen sein.

Wie rasch die gewiegten Finanzkreise bei der Hand sind, einen staatlichen Monopolplan für ihre Zwecke auszufächeln, zeigt die Nachricht, daß angeblich ein Vorantrag behufs Erwerbung einer der amerikanischen Außenseitergesell-

# Busch Prismen- Binokel



sind als

erstklassig

weltbekannt.

Bei allen Optikern vorrätig.

Kataloge kostenlos durch

**Emil Busch, A.-G., Rathenow**  
Optische Industrie.

Gegründet 1800.

Gegründet 1800.

schaften für das Monopol durch Vermittlung des amerikanischen Bankhauses Kuhn Lobb abgeschlossen sein soll. Durch diesen Vertrag sei der Erwerb der Aktien, welche im vorigen Jahre noch unter Pari zu haben waren, zu einem Kurse von etwa 450 Prozent der Monopolgesellschaft gesichert.

Die hier geäußerten Bedenken dürften wohl auch maßgebend dafür sein, daß, wie verlautet, im Bundesrat sich Stimmen, vor allem die Hamburgs, gegen das Monopolprojekt ausgesprochen haben. Hoffentlich gelingt es aber, den weitstichtigen Plan in einer Form durchzuführen, der wirklich den Interessen der Allgemeinheit, wenn auch weniger denen des Großkapitals Rechnung trägt.

Spectator

Verantwortlich: der Herausgeber George Cletnow in Schneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.

Bernsprecher der Schriftleitung: Amt Umland 3630, des Verlags: Amt Bülow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 86/87.

**Wagners**  
**Saar-Riesling**

Deutschlands vornehmster  
Schaumwein

**Hergestellt aus feinsten Qualitätsweinen der Saar**

Frei von Liqueur und Cognac!

Zentral-Verkaufsstelle Berlin W. 30, Luitpoldstrasse 18.

Ärztlich überall  
empfohlen!

**Fast nikotinfrei**

Geschmack ohne  
jede Einbuße!

Prospekt frei.



Prospekt frei.

Dinerzigarre 50 Stück M. 9.—.

Sortim.-Kiste M. 10.—.

**C. W. Schliebs & Co.,**  
Breslau 12.